

entourern Militär und
ankel wurden die An-
in die Kaserne einge-
die übrigen ergreifen
Während des Geplän-
nigglückten Anschlags,
berdem wurden zwei
at einen Schwer- und

Aufwärts

gung
n Botschafters Maill
n Montag zu seiner
ehr umfangreichen -
n Verwaltungsfragen
ernennung eines Dan-
rste diese Ernennung

itenfragen steht von
Deutschums in Po-
es Dreier-Ausschusses
regierung als völlig
ohen Schwierigkeiten
Regierung heftigen
überwunden. Zur
schleien-Beschwerden,
tsbundes wegen des
Kynais. Daneben
ner Persönlichkeiten,
l- und wirtschaftsso-
ehandlung, darunter
der Aktion direkte,
wischen Danzig und
zollfreien Danziger

Köln.

späten Abendstun-
den in Köln weiter-
rum zu erheblichen
en kommunistischen
Steinen und Bri-
und schließlich be-
von der Schutzpolizei
den vier Personen

Nachrichten.

Im Frühjahr 1932
Gesellschaft in Han-
Gelegenheit wurde
eife Mitteilung ge-
wicklungsmöglich-
Während die Ent-
so kennt man doch
felder die geologi-
eifrig an der ge-
geologischen Er-
Im Naturwissen-
tag, in dem neben
anderen mit dem
behandelt werden
n Vortrages wird

mer.

gen in der Auf-
n Gosen. Wir be-

, den 25. Januar
s Bethel-Orchester
d hierzu herzlich

ngest. u. Arbeiter
eitag, den 27. Ja-
n: Jahresbericht,
der Mitglieder,
nüssen 2 Tage vor
n Vorstand einge-
Der Vorstand.

in der Schweiz

Sonnenlage, 1060 m.
enleben. Liegekuren.
Ausbildg. von Haus-
dr. R. Durckhardt, Pfr.
angshelm Haslberg
(Bern Oberland).

uche

haben im „Aufwärts“
großen Erfolg!

pparat!

stals-Ausführung
Rathausstraße 8

Weltpolitik: Dr.
Bethel. Zusammen-
h. 28. Für Geld
„Aufwärts“, Chiff.
auf 3911/3919. Amt
alt Bethel.

Aufwärts

Bezugspreis:
Erscheint wöchentlich sechs Mal. — Preis monatlich 1.35 und
0.35 Beilagen, beim eigenen Postamt bestellt. — Fürs
Ausland unter Streifenband 1.35 (inkl. Postgeld). Preis der
Eingelassener 10 Pf. Postfachkonto Hannover 67 577.

Christliches Tageblatt
mit den Beilagen „Für Herz und Haus“,
„Kindergabe“ und „Unser Ziel.“

Anzeigenpreis:
Die einseitige Zeile ober oder unter 10 Zeilen.
Reklame 30 Pf. Beilagen unter 25 g je laufend 15 Pf.
Schluß der Anzeigen-Nachnahme nachmittags 3 Uhr. „Unser Ziel“
tante Hannover 67 577.

Nr. 21.

Bielefeld-Bethel (Verlagsort Bielefeld), Mittwoch, den 25. Januar 1933.

15. Jahrgang.

Kind, wenn dich eine Bürde sehr schwer drückt, so ver-
gib nie, daß der Mensch durch das Schwertragen sehr
stark wird. Pestalozzi.

Innenpolitische Entscheidung vertagt.

Durch Beschluß des Ältestenrats ist die für den
24. Januar in Aussicht genommene Reichstagstagung auf
den 31. Januar verschoben worden. Damit ist man zu-
nächst der großen innenpolitischen Entscheidung aus dem
Wege gegangen. Die Tage des Rätselratens und Kombi-
nieren sind für die Presse und die sonst politisch interes-
sierten Kreise zu Ende, um Anfang der Woche wieder
zu beginnen. Man hatte von der Freitagsitzung des
Ältestenrats eine Klärung darüber erwartet, ob auf die
Tagesordnung der für den 24. Januar angelegten Sitzung
außer einer Regierungserklärung auch die Abstimmung
über Mißtrauensanträge gesetzt würde. Letzteres hätte
den Sturz des Reichskabinetts bedeutet. Daher die immer
wiederkehrende Frage: was wird Adolf Hitler tun? Von
ihm hing die Entscheidung ab. Vor der Wahl in Lippe
konnte angenommen werden, daß die NSDAP trotz ihrer
Oppositionsstellung zu Schleicher geneigt war, einen Kon-
flikt mit der Reichsregierung zu vermeiden und auf einen
ihm angenehmen Zeitpunkt zu verschieben, da Neuwahlen
im Augenblick nicht im Interesse der Partei lagen. Nach
dem für Reichstagswahlen bedeutungslosen Wahlerfolg in
Lippe wuchs die Kampfstimmung derart, daß es nicht
überrascht hätte, wenn Hitler jetzt schon den Konflikt ge-
schaffen und damit die Reichstagsauflösung erwirkt ha-
ben würde. Die Reichsregierung hatte sich darauf einge-
richtet. Aber Adolf Hitler entschloß sich nicht, sondern
Empfänge und Verhandlungen. gaben Anlaß zu den un-
möglichen Gerüchten und Kombinationen. Wenn man
sich bemüht, Tatsächliches von dem zu trennen, was bei
solchen Gelegenheiten immer wiederkehrt und von vorn-
herein in das Reich der Phantasie verwiesen werden muß,
dann ergibt sich, daß bei Schleicher ernsthaft die Umbil-
dung des Kabinetts erwogen und dabei an eine Synthese
Hugenberg-Stegerwald-Strasser gedacht wurde. Hugenberg
wäre bereit gewesen, im neuen Kabinett mitzuwirken,
wenn ihm das Wirtschafts- und Ernährungsministe-
rium übertragen wurde. Die Schwierigkeit lag beim Zen-
trum, das einer solchen Synthese die Zustimmung ver-
sagte. Ein anderer Versuch Hugenberg, die Garzburger
Front wiederherzustellen, scheiterte ebenfalls, da in einer
ausgedehnten Unterredung mit Hitler dieser die Aus-
sicht für seine Partei forderte und über die Macht-
verteilung eine Einigung nicht erzielt werden konnte. Die
Reichskanzlei wurde hellhörig und zog sich von weiteren
Verhandlungen zurück. So kam die Freitagsitzung, ohne
daß irgendeine Kombination Aussicht auf Verwirklichung
bot. Die Parteien, die bis in die letzten Tage recht laute
Töne anschlugen und auf Schleicher ein wahres, aber un-
wirkliches Trommelfeuer richteten, schienen Angst vor der
eigenen Courage bekommen zu haben. Der Vertreter der
NSDAP schlug vor, den Reichstag erst dann tagen zu
lassen, wenn der Reichshaushaltsplan vorgelegt werden
könnte. Das hätte eine Vertagung auf längere Frist be-
deutet, an der die Regierung nicht nur kein Interesse
hatte, sondern die dem eigenen Wunsche, beschleunigt eine
Klärung der Lage herbeizuführen, direkt zuwider war.
So einigte man sich auf Vorschlag des Zentrums auf eine
Vertagung um 8 Tage, um so Zeit für weitere Verhand-
lungen zu gewinnen. Unter dieser Voraussetzung stimmte
die Reichsregierung zu.

Man fragt sich: Was bezweckte das Zentrum mit diesem
Vorschlag, der die letzte Möglichkeit zur Lösung der Krise
bieten soll, ohne daß es zu einer Auflösung des Reichs-
tages kommt, die alle Parteien am liebsten vermeiden
möchten. Wie bekannt geworden ist, haben kurz vor der
Sitzung des Ältestenrats unter einigen Parteien Bespre-
chungen stattgefunden, die dem Zentrum zu diesem Vor-
gehen Veranlassung gaben. Es verfolgt den Plan, die zur
Verfügung stehenden Tage zu einer Klärung der Mehr-
heitsverhältnisse im Reichstag zu benutzen. Man will
beim Zentrum versuchen, eine recht starke Mehrheitsre-
gierung zu schaffen, die sich auf das Zentrum, Bayerische
Volkspartei, NSDAP, Deutschnationale Volkspartei und
die Technische Fraktion (Deutsche Volkspartei und Chris-
tlich-sozialer Volksdienst) stützen soll, wobei man annimmt,
daß Hitler den Kanzlerposten für sich beanspruchen wird.
So sehr eine einigermaßen vernünftige Regelung zu
begreifen wäre, muß doch die Frage aufgeworfen werden,
ob ein solch erneuter Versuch Aussicht auf Erfolg bietet?
Es ist doch schon alles einmal dagewesen. Dieser Absicht
liegen die Gedanken zugrunde, die den Reichspräsidenten
im November, bald nach der Reichstagswahl, veranlaßten,

Hitler die Regierungsbildung auf dieser Basis anzubieten.
Hitler beantwortete dieses Angebot mit seinen bekannten
Gegenvorschlägen, die dem Reichspräsidenten nicht an-
nehmbar erschienen. Auch Prälat Kaas vom Zentrum
scheiterte damals an dieser Aufgabe, so daß nicht recht er-
sichtlich ist, wieso und warum das Zentrum jetzt mehr Er-
folg haben sollte. Zwar sind die damals vorliegenden
Schwierigkeiten eher kleiner geworden. Soviel wir wis-
sen, gehört ein Zusammenarbeiten der Deutschnationalen
und des Zentrums auf dieser Basis nicht mehr zu den Un-
möglichkeiten. Dagegen vermag man einstweilen noch
nicht zu glauben, daß Hitler seinen Standpunkt der Aus-
schließlichkeit (uneingeschränkte Machtergreifung) aufge-
ben wird, es sei denn, daß die mannigfachen Schwierig-
keiten in seiner Partei Raum für bessere Einsicht, d. h. zum
Einlenken, geschaffen haben.

Die Reichsregierung wird diesen Verhandlungen fern-
bleiben. Sie erklärt sich für desinteressiert und hat nur
einen Wunsch, nämlich die Möglichkeit zu haben, in Ruhe
arbeiten zu können. Sie wird deshalb, wie uns bekannt
ist, nach erfolglosem Verlauf dieser acht Tage darauf drän-
gen, daß die innenpolitische Entscheidung herbeigeführt
wird, evtl. mit Hilfe des Reichspräsidenten, da der Reichs-
kanzler von Schleicher gar kein Interesse daran hat, eine
Auflösung des Reichstages so lange verschleppen zu lassen,
bis seine Gegenspieler sich für den Wahlkampf genügend
gerüstet haben. Außerdem darf man einen Faktor in die-
ser Krisenangelegenheit nicht übersehen. Der entscheidende
Mann ist der Herr Reichspräsident, von dem man weiß,
daß dieses Intrigenpiel gegen Schleicher ihn auf's
peinlichste berührt hat und er nicht mehr gewillt sein
dürfte, ohne zwingende Gründe einen Regierungswechsel
vorzunehmen. W. W.

Schulzölle — Bauer — Verbraucher.

Ich lese seit einigen Jahren den Aufwärts. Er hat
schon manches Erfreuliche gebracht. Zu dem Aufsatz in
Nr. 306 von „Wedi“ über Schulzölle, Bauer und Verbrau-
cher kann ich nicht schweigen.

Die angegebenen Zahlen sind falsch und bedürfen der
Berichtigung. Die Inlandspreise sind heute für je 100 kg:

Weizen	RM 18,60	während Sie angaben	RM 25,60
Roggen	RM 15,60		RM 19,05
Hafer	RM 10,60		RM 16,04
Butter	RM 180,—		RM 212,—
Ei	RM 60,—		RM 74,20

In diesem Aufsatz findet sich nur eine Klarheit: Feind-
schaft gegen die Landwirtschaft mit besonderer Einstellung
gegen die „Ritter von Uhr und Halm“. Das erscheint uns
hier in Bayern besonders töricht bei unserer Besitzver-
teilung von 98 Prozent an kleinem und mittlerem und nur
2 Prozent größerem Grundbesitz. Dabei haben wir die
Not wie im ganzen Reich, weil uns der Staat in der In-
flation das von den Vorfahren ersparte Vermögen ent-
eignet und dann später mit Steuern und Lasten mehr ab-
genommen hat, als wir erarbeiten können. Früher zahl-
ten wir getreu und pünktlich unsere Steuern an das h. b.
Rentamt, welches in wenigen Amtsräumen mit dem Vor-
stand 7 Beamte umfaßte; dafür zählt heute das Reichs-
finanzamt mit Direktor und Stellvertreter das Zehnfache
an Beamten in einem großen Bau, der früher ein kriegs-
starkes Bataillon beherbergte.

Die gesamte deutsche Landwirtschaft vom kleinsten
Bauern bis zum Besitzer des größten Gutes arbeitet heute
angestrengt für die Ernährung des Volkes und durch diese
Arbeit ist, begünstigt von einer segensreichen Ernte, in die-
sem Jahre keine erhebliche Getreideeinfuhr mehr notwen-
dig gewesen. Bei einer Mißernte hätten wir schon den
Hunger im Land, denn die durch allgemeine Zollerhöhun-
gen und Verbote der Gegner gedrohte Einfuhr bringt
kaum die Devisen auf, welche für die Versorgung unserer
Industrie mit Rohprodukten gebraucht werden. Der Ver-
such einer Erweiterung unseres Wirtschaftslebens durch
den Zollanschluß Deutschland-Österreich ist von den Fran-
zosen brutal verhindert worden, ein trauriges Zeichen un-
serer Ohnmacht; trotzdem beruft sich der Artikelschreiber
auf das Leben von Friedrich List und verlangt einen Zoll-
verein für ein größeres Gebiet!

Etwas Ungereimtes ist doch undenkbar! Weiß der
Mann nichts vom Weltkrieg seit August 1914? Dann die
Hinweise auf die Vereinigten Staaten von Amerika mit
48 Staaten ohne Zollschranken, aber mit unübersteig-
lichem Hochzoll, da ist schließlich alles besetzt,
aber wir sollen eben doch exportieren; zur Verstärkung
der Hochzölle erhebt sich neuerdings eine große Presse-
kampagne für den strengen Ausschluß aller Auslands-
ware. Die Engländer rufen: „Buy British Goods only“ —

Der Holländer und der Däne haben seither die Er-
zeugnisse ihrer hochentwickelten Landwirtschaft, noch ge-
mäßigt durch Kriegsgewinne, hauptsächlich auf dem gro-
ßen, nahen englischen Markt abgesetzt, der jetzt durch den
Zusammenschluß des englischen Imperiums so ziemlich
gesperrt ist. Holland und Dänemark ersticken daher im
eigenen Fett, sie drücken jetzt verzweifelt auf den deut-
schen Markt, sie wollen den deutschen Bauern aus seinem
eigenen Land wegdrängen, und Herr „Wedi“ will ihnen
dazu helfen.

Ueber die Bedeutung des Getreidebaues, bezw. der
Zölle für den kleineren und mittleren Bauern verweise ich
auf die Feststellungen des Prof. Münzinger von der land-
wirtschaftlichen Hochschule Hohenheim in den Mitteilun-
gen der deutschen Landwirtschaftsgesellschaft. Daraus er-
gibt sich die maßgebende Bedeutung des Getreidebaues
gerade auch für diese Betriebe.

In unserer völkischen Not ist die Wirkung unserer
Landwirtschaft für die Ernährung und Erhaltung unseres
Volkes stärker als je, wir müssen alle zusammenhalten
und arbeiten, um diese schlimmen Zeiten zu überwinden,
da heißt es: Jeder trage mit an des anderen Last. Zu die-
ser Hilfe gehört auch die Selbstzucht, zu schweigen in Din-
gen, die richtig zu beurteilen man nicht fähig ist. Die
deutsche Landwirtschaft hat keine reine Freude an den
hohen Schutzzöllen, es wäre auch ihr lieber, ohne sie aus-
zukommen. Aber mit dem Schutz Zoll hat sie dem deutschen
Volk die Lebensmittelfreiheit erkämpft.

Wenn erst unser werktätiges fleißiges Volk dazu ge-
langen kann, seine Arbeit in Werkstatt und Fabrik wie-
der aufzunehmen, d. h. wenn dem Versailles Wahnsinn ge-
steuert sein wird, dann kann über die Neuordnung der Ge-
samtwirtschaft beraten werden, und das Schlagwort
„Autarkie“ wird verschwinden. Aber noch ist diese Zeit
nicht erfüllt, und es gilt den heimischen Markt der deut-
schen Landwirtschaft zu erhalten, damit sie ihrerseits die
deutsche Industrie wieder beschäftigen kann. „Hat der
Bauer Geld, hat's die ganze Welt“, d. h. auf Deutsch:

Wenn der Bauer endgültig verdrorben ist, dann ist
auch das Deutsche Reich zerbrochen und durch die zur Zeit
billigeren Auslandslebensmittel kann es nicht wieder zu-
sammengeleimt werden.

4. Januar 1933.

Rold, Erlachhof.

Erwiderung.

Wer meinen Aufsatz aufmerksam gelesen hat, wird be-
stätigen, daß es mir nicht allein darauf ankam, die drük-
kende Belastung der nichtbäuerlichen Bevölkerung durch
die stete Erhöhung der Zölle zu zeigen, sondern auch die
Grundursache der Krise, die natürlich auch vor der Land-
wirtschaft nicht haltmacht. Außer der Schilberung des
deutsch-dänischen Bauern hier im „Aufwärts“ steht es doch
einwandfrei fest, daß in allen Ländern, in denen Deflation
betrieben wird, die Lage der Bauern verzweifelt ist. Rold
hat aber auch übersehen, daß ich zeigte, wenn der Gesamt-
wirtschaft Luft gemacht wird, auch der Landwirtschaft ge-
holfen ist. Die heutige „Staatskunst“ besteht eben darin,
dem einen auf Kosten des andern zu „helfen.“ Wenn eine
Familie durch eine neue Zollerhöhung 50 Mark für land-
wirtschaftliche Erzeugnisse mehr aufwenden muß, so muß
derselbe Betrag an Kleidung, Wohnung, Heizung, also
anderswo eingespart werden und dann werden eben an-
dere Berufe geschädigt. Daß durch solche „Hilfen“ die ein-
zelnen Stände fortwährend gegeneinander gehetzt wer-
den, ist selbstverständlich. Dann steht die Industriebevöl-
kerung gegen die Landwirtschaft, während Urheber des
„Preisabbaus“ im Dunkeln ihr Schäfchen scheeren.

Die von mir benutzten Indizes stammen der
Zeitschrift „Wirtschaft und Statistik“, die von A. ange-
gebenen Zahlen den „Statistischen Tabellen zur Krisen-
geschichte der Zinswirtschaft 1920—32“ im Selbstverlage
B. P. Schliephacke in Magdeburg-Leundorf. Da ihr Ver-
fasser wohl die Durchschnittszahlen von 1932, A. dagegen
die letzten bringt, dürften beide recht haben, da die Preise
in den letzten Monaten weiter nach unten abfielen.
Uebrigens widerlegt das nicht meine Behauptungen.

Wie ich über den Steuerbolschewismus denke, weiß die
Schriftleitung.

Nichts liegt mir ferner, als zu erwarten, daß Deutsch-
land allein die Zölle senkt. Alles auf Gegenseitigkeit. Ge-
lingt es uns g. B. Holland zu veranlassen, seine Zölle auf
Sollinger Stahlwaren herabzusetzen, kann es auch von uns
Entgegenkommen verlangen. Wenn im übrigen Frank-
reich aus politischen Gründen eine Zollvereinbarung mit
Österreich verhinderte, so kann man den Zollgegnern dar-
aus wirklich keinen Vorwurf machen, denn ich lehne die

heute betriebene Zollpolitik auch außerhalb Deutschlands ob, zumal sie die Gefahr künftiger Kriege in sich trägt.

N. sieht sehr schwarz, wenn er behauptet, die übrigen rein germanischen Länder Holland und Dänemark drücken deshalb auf den deutschen Markt, um den deutschen Bauern aus dem Lande „wegzudrängen“. Ich glaube, die dortigen Bauern sind nicht besser und schlechter als unsere und wollen ihre Arbeitserzeugnisse zu Geld machen, um das zu kaufen, was sie selbst nicht erzeugen, auch wenn es aus einer deutschen Fabrik stammt.

Der Vertrag von Versailles ist heute nicht mehr allein der schwarze Mann für unsere wirtschaftliche Not, unter der doch auch die Sieger leiden. Nein, die Krise ist die Folge der verbrecherischen Währungspolitik der international geleiteten Notenbanken. Diese macht es fast unmöglich, daß die arbeitenden Schichten ihre Arbeitserzeugnisse und Leistungen gegeneinander austauschen können. Wenn die private Reichsbank, wie hier zu lesen war, im letzten Jahre 800 Millionen hamstert und die Kleinen im Lande machen diesen Wahnsinn auch noch mit, anstatt ihre Ersparnisse auf die Sparkassen zu tragen, so braucht es keinen wunderzunehmen, daß die Wirtschaft zu Eis erstarrt. Diese 800 Millionen einmal in der Woche umgelegt, würden im Jahre einen Mehrumsatz von 41,6 Milliarden und entsprechende Arbeitsmöglichkeiten bedeuten.

Der Satz: „Hat der Bauer Geld, hat's die ganze Welt“ ist umgekehrt richtiger. „Hat die Volkswirtschaft Geld, so hat's auch der Bauer“. Das beweisen die Jahre 1885 bis 1913, wo infolge langsam steigender Preise das Geld umfließt und nicht streikt. Und trotz niedriger Zölle ging es den Bauern bei uns und draußen gut, denn ihre Schulden wurden im Gegensatz zu heute leichter. Wenn heute die Landwirte verzweifeln, dann sollte sich N. an Dr. Luther und die ihn deckende Hochfinanz wenden und an diejenigen, denen die Spekulation auf Baissie die Scheuern füllt, aber nicht an diejenigen, die sich bei schmalen Einkommen gegen die weitere Verschlechterung ihrer Lebenshaltung wehren.

Als Ruhr-Großstädter bin ich durchaus kein Gegner des Bauern, zumal ich durch Briefe meiner Verwandten und häufige Wanderungen Bescheid weiß, wie es auf dem deutschen Dorfe aussieht. Auch ich weiß, was für ein Volk die Vernichtung seiner Landwirtschaft bedeutet, und dem Worte von E. M. Arndt stimme ich vorbehaltlos zu: „Der Bauer ist des Vaterlandes erster Sohn.“

Aber gerade er ist leider volkswirtschaftlich ungeschult und macht meist den Ruf des Reichslandbundes, der groß-agrarische Interessen vertritt, nach immer höheren Schutz-zöllen mit. Außerdem sind hier jene Kreise zu finden, die sich mit Händen und Füßen gegen eine wirklich nationale Siedlungspolitik sträuben, welche die Schäden unserer Überindustrialisierung und Verstädterung einigermaßen wettmachen könnte.

Deshalb sage ich: Aller ehrlichen Arbeit muß geholfen werden in Stadt und Land. Dazu müssen die Räder der deutschen Wirtschaft in Gang gebracht werden, denn solange Bedürfnisse da sind, arbeitswillige Menschen und die Mutter Erde die Rohstoffe hergibt, kann es in einer natürlichen Wirtschaft keine Krise geben. Die Arbeitslosen greifen lieber heute als morgen in die Speichen. Sind sie kaufkräftig, hat der Bauer Absatz und ist vor sinkenden Preisen geschützt und hat keine hohen Zolllauern nötig. Diese schaffen keinen Wohlstand, sie haben als Vater die Goldwährung, die die Völker immer von neuem mit dem Landwirtschaft in Krisen stürzt. Wie in meinen früheren Ausführungen sage ich nochmals: Wollen wir eine gesunde Wirtschaft, in der alle Kopf und Hand rühren können, so ist als erstes eine stabile Währung zu fordern

Der Freiwillige Arbeitsdienst. (F. A. D.)

Vom 9. bis 14. Januar fand im Haus der Jugend in Dortmund ein Führerinnenlehrgang für den Freiwilligen Arbeitsdienst (F.A.D.) statt. Da wohl die meisten Leser den F.A.D. vom Hörensagen kennen, ohne daß sie sich einen eigentlichen Begriff davon machen können, möchte ich den Vortrag, den Frau Stadtoberinspektorin Cleven am ersten Tag hielt, wiedergeben.

Der erste Anstoß zum F.A.D. stammt von der Notverordnung vom Juli 1932. Bestimmte Jugendliche, die Erwerbslosen- oder Krisenunterstützung erhielten, konnten zum F.A.D. zugezogen werden. Da entstanden die ersten Arbeitslager. Die neue Regierung berief ein Reichskuratorium für Jugendbetreuung und Jugendpflege, das nur für Jungens gedacht war, die sich hauptsächlich im Geländesport üben sollten. Bis jetzt sind es 12 Lager, in denen es ziemlich militärisch zugeht.

Die Zahl der Jugendlichen, die zum F.A.D. kommen, ist größer, als man erwartet hatte. (Es ist wichtig, zu unterscheiden zwischen dem F.A.D. und der Arbeitsdienstpflicht, zu der das Wehrjahr der Studenten gehört.) Im September umfaßte der F.A.D. 140 000 Jugendliche, und jetzt ist die Zahl schon auf 200 000 gestiegen.

Die gesetzlichen Bestimmungen sind folgende: Es können Jugendliche von 18 bis 25 Jahren daran teilnehmen. Zuerst allerdings Erwerbslose. Die Erwerbslosenunterstützung fällt während dieser Zeit weg. Es können ferner Jugendliche teilnehmen, die nicht unterstützt werden, kurz: alles, was den Opfermut einsetzt, zu arbeiten, um innere Lebenszufriedenheit zu finden. Frau Cleven betonte besonders, daß es keine Gelegenheit sei, um Geld zu verdienen — auch nicht für die Führerinnen.

An der Spitze des F.A.D. steht die Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung und -verwendung, deren Leiter der Präsident ist (Syrup). Ihm unterstellt sind die Landesarbeitsämter, an deren Spitze der Reichskommissar steht. Unter diesen stehen die örtlichen Arbeitsämter, z. B. das Arbeitsamt Dortmund, welches örtlich den F.A.D. durchführt muß.

und ein Geld, was nicht aus Dummheit oder um Spekulationsgewinne zu machen, jederzeit gehorht werden kann. Dann wird allen geholfen und damit auch der Landwirtschaft.

Zur Krise des öffentlichen Schulwesens.

Im letzten Jahre sind die Angriffe gegen die Arbeitsschule immer stärker geworden. In Tageszeitungen spricht man seit kurzem schon von der „im Sterben liegenden Arbeitsschule“. Diese Krise ist es nicht, von der im nachfolgenden gesprochen werden soll, denn sie besteht in Wirklichkeit nicht, wohl aber darf von einer Krise gesprochen werden, in die das ganze öffentliche Schulwesen hineingekommen ist und immer stärker hineinkommt. Dabei wird aber von der Öffentlichkeit gern der Kniff ausgeübt, die Sache so darzustellen, als wäre die Schule infolge mangelhafter Leistungen, die ihren Grund wiederum in der Arbeitsschulweise haben sollen, in dem Ansehen des Volkes gesunken.

Die Arbeitsschule braucht ihre Zielsetzung nicht zu ändern. Wenn sie sich im Augenblick nicht so auswirken kann, was zugegeben werden soll, so liegt das in den wirtschaftlichen Hindernissen begründet. Ich erinnere nur an die Raumfrage, an die Klassenstärke, die Lehr- und Lernmitteln usw. Im einzelnen wird ihr vorgeworfen, daß in der Idee der Arbeitsschule die Notwendigkeit liegen soll, den Autoritäts- und Führergedanken zu zerbrechen. Wir fragen: Wo hat die Arbeitsschule auf Autorität verzichtet? Freilich stellt sie die Autorität der Persönlichkeit himmelhoch über die des Amtes. Sie fordert den Lehrer, der das Amt als Beruf und nicht als Versorgung ansieht. Wo anders ergibt sich die Notwendigkeit, Persönlichkeiten herauszustellen so unmittelbar als in ihr?

Solange es einen Volksstaat geben wird — und die Idee des Volksstaates steht auch heute überhaupt nicht zur Frage, es handelt sich nur um ihre Ausgestaltung — solange wird die Arbeitsschule notwendig sein.

Der pädagogische Begriff „Arbeitsschule“ soll, so wird weiter gesagt, unter den sehr starken Einfluß einer politischen Auswertung eines falsch verstandenen Freiheitsbegriffes gekommen sein. Und das deshalb, weil die Lehrerschaft sich aus Dankbarkeit an politische Parteien gebunden habe. Wer das sagt, der hat von dem Berufsethos der deutschen Lehrerschaft und dem aus ihm hervorgehenden Streben zur Erkenntnis der Wahrheit nichts gemerkt. Es dürfte kaum eine Gruppe im Volk geben, die in ihrer Grundeinstellung, sich in völlig vorurteilsloser und darum auch in politisch neutraler Weise sich ihr eigenes Urteil in allen Fragen zu erarbeiten, so unbeeinflussbar wäre wie die deutsche Lehrerschaft. Das hinderte sie allerdings nicht, dankbar anzuerkennen, wenn eine Partei ihrem Programm mehr entgegenkam als andere. Aus unzähligen Beispielen ihrer Vereinsgeschichte ließe sich nachweisen, wie sie selbst hohen und höchsten Stellen Persönlichkeiten gegenüber mit ihrer Meinung nicht hinter dem Berge gehalten hat. Man braucht auch nur die Probleme zu nennen, um deren Lösung die Lehrerschaft auf ihren großen Tagungen wie in engeren Kreisen gerungen hat, um zu erkennen, wie unbegründet dieser Vorwurf ist.

Trotzdem steht die öffentliche Schule in einer Krise. Sie ist nicht das geworden, was von ihr nach dem Kriege erwartet wurde: Die Volksschule des Staates sollte zur Schule des Volkes werden. Sie ist nicht die große Erziehungsstätte des Volkes geworden, man muß viel eher fragen, ob sie überhaupt noch der maßgebende Faktor in dem System der Volkserziehung ist, bezw. wie lange sie es noch bleiben wird.

Jede Maßnahme des F.A.D. muß einen Träger haben, z. B. das Jugendamt, das Wohlfahrtsamt, den kathol. Gesellenverein, den Jungdo, den Stahlhelm usw., oder bei den Frauen die weiblichen Verbände. Wir unterscheiden den Träger der Arbeit und den des Dienstes. Ist die Stadt Träger der Arbeit, so kann das Jugendamt Träger des Dienstes sein. Letzterer hat die Verantwortung. Der F.A.D. wird überwacht von dem Bezirkskommissar, der auch das Geld erhält und es dem Träger zukommen läßt.

Soll nun ein F.A.D. eingerichtet werden, so muß der Träger des Dienstes erst um eine Anerkennung nachsuchen. Ein Formular muß ausgefüllt werden, in welchem u. a. die Frage zu beantworten ist, ob es sich um eine volkswirtschaftlich wertvolle Arbeit handelt. Es ist schwer, die Anerkennung für die pflegerischen Arbeiten der Frau zu bekommen. Es werden meistens 20 bis 40 Wochen genehmigt.

Die Leitung des Lagers haben die Führer(innen). In Westfalen gibt es 3 männliche Führerschulen. Die Führerinnen werden an der weiblichen Wohlfahrtschule in Münster (für Katholiken) ausgebildet, die Evangelischen in Gelsenkirchen.

Der Höchstlohn, der für den Arbeitsfreiwilligen ausbezahlt wird, ist 2.— RM täglich (für Unterkunft, Kleidung, Beköstigung usw.). Jeder erhält davon pro Tag 0,30 RM bares Taschengeld. Jede Maßnahme wird allerdings nicht mit diesem 2.— RM ausgestattet. Wird weniger Geld bewilligt, so muß der Träger der Arbeit das Fehlende hinzufügen.

Es versteht sich von selbst, daß das eigentliche Ziel des F.A.D. nur in geschlossenen Lagern erreicht werden kann. Nur dann können alle die guten Eigenschaften geübt werden, die dem Gemeinschaftsleben im Lager entspringen. Die 30 Pfennig Taschengeld können pro Tag auf 1,50 RM erhöht werden, wenn der Jugendliche später einmal siedeln möchte. Dieses Geld wird dann gutgeschrieben. Praktisch trifft das wohl kaum zu, da der Jugendliche sich meistens noch nicht darüber entschlossen hat. Versicherungen wer-

In dieser Hinsicht sind bedeutsame Wandlungen hervorgetreten, die immer deutlicher werden. Das Familienleben ist in weiten Schichten unseres Volkes gerüttelt, und das Ausweichen dieses bedeutsamsten Faktors wirkt sich weiter aus in einem Verschieben des Schwerkrafts in das Leben selbst hinein, auch zumungunsten der Schule. Das Leben selbst wirkt heute bedeutsamer als Schule und Elternhaus. Es formt schon in einem Lebensalter an den jungen Menschen, in dem sie sonst völlig in der Obhut des Elternhauses oder der Schule waren. Sport, Kameradschaften, Wanderguppen, Rundfunk, Lichtbilder, Vereinskulturschaulicher, politischer und nichtpolitischer Natur usw.: sie alle machen ihre Einflüsse geltend, die sogar in solchen Familien empfunden werden, die in althergebrachter Weise von ihrem Fürsorge- und Erziehungsrecht Gebrauch machen.

Darin erblicke ich die innere Ursache für die Krise des öffentlichen staatlichen Schulwesens, die durch die Wirtschaftskrise nur äußerlich erkennbar wird. Das Vertrauen in die Wirksamkeit und Berechtigung der Schule als Staatseinrichtung muß verloren gehen, wenn man schließt, daß nicht die Schule in erster Linie erzieht und auch nicht mehr das Haus, sondern die außerschulischen Mächte, dann fragt man, ob die Schule als Staatsschule aufhören soll? Kann der Staat aber auf die Staatsschule verzichten?

Es ist nicht zu bestreiten, daß der Staat durch seinen Schul- und Kulturbau diese Entwicklung, die an sich zwangsläufig zu sein scheint, bedeutend in ihrem Ablauf beschleunigt, daß er sie aber aufhalten könnte, wenn er der Staatsschule die Fürsorge widmen würde, die er ihr in den ersten Jahren nach der Staatsumwälzung ange-deihen ließ; mit anderen Worten, wenn er die Arbeitsschule, die er selbst gewollt und als notwendig für das Bestehen des Volksstaates anerkannt hat, so stützt, daß Zweifel an ihrer Wirksamkeit nicht aufkommen könnten.

Staatsformung und Erziehung der Jugend werden immer in einem inneren Verhältnis zueinander stehen. Wo die Geschichte des Staatslebens nur von einigen durch die Geburt bestimmten Gruppen im Volk bestimmt werden, da bedarf es keiner staatsbürgerlichen Erziehung. Die Notwendigkeit der staatsbürgerlichen Erziehung tritt in dem Augenblick hervor, wo alle Volksgenossen auf die Geschichte des Staatslebens einwirken können. In einem solchen Staat kann die eine Schicht nicht mehr auf Kosten der anderen bevorzugt werden. Geschieht es dennoch, so führt es zu Verwundungen. Die Schwierigkeiten häufen sich, wenn außer den wirtschaftlichen und sozialen auch nationale und religiöse Spaltungen zu überwinden sind. Um diesen Staat lieben zu können, ist es notwendig, daß er für die Staatsangehörigen einen Wert bedeutet, nicht vielleicht der gegebene Staat: wohl aber die Staatsidee, welcher der gegebene Staat gerade durch gemeinsame Tätigkeit seiner Bürger zugeführt werden kann. Darum kann staatsbürgerliche Erziehung nur auf der Grundlage sittlicher Erziehung erreicht werden, denn sie bedeutet die selbstlose Hingabe an eine Idee.

In kühnem Vorwärtsstürmen sind wir trotz aller ungeheuren Schwierigkeiten zur letzten Formung des Staatsbegriffes gekommen, weil wir der Meinung waren, daß bei der grundsätzlichen Gleichberechtigung aller Raum zur Befreiung jeder Individualität sei. Die Bildungs-idee lag seit den Tagen der Reformation fertig vor. Sie enthielt das Recht des Einzelnen auf Emporbildung aller Anlagen und Kräfte zum vollen Menschentum und die Verpflichtung des Individuums an die Gemeinschaft. Damit glaubte die Pädagogik ein Recht zu der Annahme zu haben, die Grundlagen zur Erziehung der jungen Staats-

den aus dem allgemeinen Werk bezahlt. Die 1. Verordnung über den F.A.D. umfaßte nur die Männer. Wenn aber Geld für die deutsche Jugend bereitgestellt wird, dann muß auch das Mädchen einbezogen sein. Die neue Verordnung, die sich auch der Mädels annahm, kam am 10. November 1932 heraus. Als Art der Arbeit wird eine ernste Arbeitsleistung gefordert. In dem Erlaß wird von dem Erhalten und Pflegen von Sachgütern gesprochen — nicht von Menschen. Sachen, die in der Wirtschaftliche gesammelt werden, reinigt man in den Arbeitslagern und ändert sie um. Dienstleistungen für Hilfsbedürftige kommen hinzu, ferner das Instandsetzen der Kleidung der männlichen Arbeitsdienstwilligen, das Helfen in Volkshäusern und die Bewirtschaftung unbenuetzter Ländereien. Diese Arbeiten der Frau werden in dem letzten Erlaß leider nicht für volkswirtschaftlich wertvoll angesehen, was unseren Frauenbegriffen nicht entspricht. Im F.A.D. bilden also Arbeit und eine planvoll gestaltete Freizeit den Dienst.

Der F.A.D. ist kein Weg zum Ziel, sondern ein Verjüngungsbad für unsere Jugend — eine Dase in der Wüste der Erwerbslosigkeit. Sind die 20 oder 40 Wochen im Arbeitslager verstrichen, kehrt die Jugend wieder zurück in das Elend. Was nun? Da steht das Jugendamt vor. Es sieht 4 Stunden täglich vor, 2 Stunden entfallen auf die Berufsschulung, 2 auf die allgemeine geistige Schulung. An den Unterricht soll sich eine warme Mahlzeit anschließen.

Offenkundig ist der F.A.D. nur eine vorübergehende Zeitererscheinung, denn das Erstrebenswerte ist und bleibt, die Jugend bald ihrem erlernten Beruf zuzuführen. G. B.

Hinweis.

Zur Sammlung neuer Kraft für den Lebenskampf sei das behaglich und zweckmäßig eingerichtete, vorzüglich geführte christliche Erholungsheim Haus Gottesruhe in Badenseiler empfohlen, das zu äußerst mäßigem Preis in schönster Gegend des südl. Schwarzwaldes köstlichen Aufenthalt bietet. Auskunft erteilt gern die Hausmutter — Kaiserwerther Diakonisse — Schwester Ell.

bürger zu bepflichtet ist. Es sein könnte.

Die Verhältnisse der Staatsbürger-Einrichtungen sind, daß sie nicht der Forderung jener Hörsal aus der Staatsapparatur Die Unübersicht der Aufgaben der Krieges führen müssen, Staat die V-

Der Reichs-

Reichspräsident von Hindenburg hat die Lage und die Lage in der Reichsregierung zusammengefaßt.

Was die eine arbeits-tage von solch dem Vernehmene neue Fühlung nationalen st. unverbundlich ordneten Dr. Ein Ergebnis fernen.

Im Zentrum der Bedenken der von deut. zushalten. In von einer bevo-gor Stra-während der und die nun In national nicht sehr ern

Zentrum gegen-

mentarische — Ver-l-ften Vorbespr-Nationalsozial-bindlicher Fo-liner politisch

Fest-

Meinungsver-weitere V

Der Neu-

lungsbemühun-auf Grund des-unternommen-geringste Erge-mit der Vorbe-denklide Völke

Das Völke-arbeitet, der c-nicht angenom-des Berichtes, Berichtet hier-denheiten. Di-wurden überh-

Einige M-daß die Vorfe-Grundlage der-während ande-offizielle Festfi-nungsversuche-bundes, unabh-

Der Ausg-gliedigen Re-England, Fra-Belgien, Span-Vorschlag für

Eine Entf-bundsoersamm-fahrens offizie-doch rechne-m-lchen Völkerb-meidlich gewor-für Anfang Fe

„Die Existenz“

Die Einfl-schusses wird in-Vorstellungen an-dahin, daß Ja-mindest keine-mehr das Verf-In amtlie-Bösterbund So

ne Wandlungen her-
den. Das Familien-
Bolkes gerüttelt, und
n Faktors wirkt sich
s Schwergewichts in
gunsten der Schule.
immer als Schule und
Lebensalter an den
fig in der Obhut des
Sport, Kamerad
Lichtbilder, Vereine
chtpolitischer Natur
te geltend, die sogar
en, die in altherge-
und Erziehungsrecht

he für die Krise des
die durch die Wirt-
ird. Das Vertrauen
nder Schule als
wenn man schließt,
steht und auch nicht
ischen Mächte, dann
hule aufhören soll?
hule verzichten?

Staat durch seinen
klung, die an sich
d in ihrem Ablauf
h könnte, wenn er
würde, die er ihr
umwälzung ange-
er die Arbeits-
ndig für das Be-
o stützt, daß Zwei-
nen können.

ugend werden im-
ander stehen. Wo
einigen durch die
bestimmt werden,
Erziehung. Die
Erziehung tritt in
egenossen auf die
können. In einem
mehr auf Kosten
ht es dennoch, so
erigkeiten häufen
und sozialen auch
überwinden sind.
s notwendig, daß
rt bedeutet, nicht
r die Staatsidee,
gemeinsame Tä-
n kann. Darum
uf der Grundlage
ie bedeutet die

bürger zu besitzen, vorausgesetzt, daß der Staat selbst seine
pflicht tat. Heute beschleicht sie die Sorge, das es anders
sein könnte.

Die Verleihung der vollen politischen Rechte an alle
Staatsbürger setzt voraus, daß entweder die staatlichen
Einrichtungen und Verhältnisse so klar und durchsichtig
sind, daß sie von allen begriffen werden, oder, wenn das
nicht der Fall ist, daß die Bildung des Staatsbürgers bis
zu jener Höhe gebracht wird, daß auch der schlichte Mann
aus der Masse des Volkes Sinn und Wirkungsweise des
Staatsapparates begreifen kann. Beides ist nicht der Fall.
Die Unübersichtlichkeit des Staatsbetriebes wird infolge
der Aufgaben, die Reich und Länder infolge des verloren-
en Krieges und der wachsenden Wirtschaftsnot überneh-
men müssen, immer größer. Aus dem Grunde darf der
Staat die Bildungseinrichtungen nicht aus der Hand ge-

ben. Er würde sich heute noch selbst damit ausgeben, denn
die Einrichtungen, die bei der bestehenden Armut an die
Stelle der Staatschule gesetzt werden würden, sind nicht
imstande, dem Kinde das staatsbürgerliche Rüstzeug zu
geben, dessen es bedarf. Allerdings sind die Verhältnisse
noch nicht vollendet, die dieser Entwicklung entsprechen;
denn noch sind wir nicht imstande, allen Gliedern der
Volksgemeinschaft ein kulturwürdiges Dasein zu verschaf-
fen. Hier erfüllt die Wirtschaft nicht die Aufgabe, die sie
billigerweise erfüllen sollte; aber auch hier ist die Ent-
wicklung vorgezeichnet. Indem die Technik immer neue
Maschinen hervorbringt und dadurch die Arbeitsleistung
in großartigster Weise steigert, arbeitet sie unausgesetzt an
der Befreiung der Menschheit von der materiellen Geban-
denheit und schafft Raum für eine höhere Körperkultur
und Geistesbildung.
H. Bagts.

Schleicher in der Krise

Der Reichszankler bei Hindenburg. — Besprechungen zwischen M. S. D. M. P. und Zentrum

Berlin, 24. Januar.

Reichspräsident von Hindenburg empfing den Reichs-
kanzler von Schleicher zum Vortrag. Nach der amtliden
Mitteilung berichtete der Reichskanzler über die politische
Lage und den Stand der Arbeitsbeschaffung. Man nimmt
daher in politischen Kreisen an, daß bei dem Empfang des
Reichskanzlers auch die mit der Verlegung des Reichstags
zusammenhängenden Fragen erörtert worden sind.

Was die Verhandlungen der Parteien über die Bildung
einer arbeitsfähigen Mehrheit betrifft, ist bisher im Reichs-
tag von solchen Besprechungen nichts zu bemerken gewesen.
Dem Vernehmen nach hat in den letzten Tagen lediglich eine
neue Fühlungnahme zwischen der NSDAP. und den Deutsch-
nationalen stattgefunden; ebenso hört man auch von einer
unverbindlichen Unterhaltung zwischen dem Zentrumsabge-
ordneten Dr. Bell und dem Nationalsozialisten Dr. Fried.
Ein Ergebnis dieser Besprechungen ist bisher nicht zu er-
kennen.

Im Zentrum geht das Bestreben offensichtlich dahin,
den Gedanken des Staatsnotstands, der insbeson-
dere von deutschnationaler Seite vertreten wird, wieder aus-
zuschalten. In der Berliner Presse ist verschiedentlich auch
von einer bevorstehenden Unterredung Hitlers und Gre-
gor Strassers die Rede, die angeblich zunächst noch
während der Anwesenheit Hitlers in Berlin stattfinden sollte,
und die nunmehr für München in Aussicht genommen sei.
In nationalsozialistischen Kreisen wird dieses Gerücht jedoch
nicht sehr ernst genommen.

Zentrum gegen kurzfristige Lösung — aber für parla-
mentarische Zusammenarbeit mit der Rechten?

— Berlin, 23. Januar. Die Tatsache, daß die er-
sten Vorbesprechungen zwischen dem Zentrum und den
Nationalsozialisten nunmehr, wenn auch in ganz unvor-
bindlicher Form, aufgenommen worden sind, hat in Ber-
liner politischen Kreisen starke Beachtung gefunden. Je-

doch dürfte in diesen ersten Besprechungen kaum viel ge-
klärt worden sein. Gleichwohl ist es beachtlich, daß der
„Deutsche“ davon spricht, daß von den Nationalsozialisten
an eine lose Vereinigung gedacht werde, aus der heraus
man ein „Kabinett der Köpfe“ bilden könne, also ein
nationales Kabinett, das fürs erste lediglich auf ein To-
lieren der Harzburger Parteien und Verbände rechnen
könne. Vielleicht hoffe man für diesen Ausweg auch das
Zentrum zu gewinnen. Die Aussichten für den Erfolg
eines solchen Planes seien allerdings minimal. Das
läßt darauf schließen, daß das Zentrum bei seinen Ver-
handlungen nicht an eine kurzfristige Lösung denkt und
daß es etwa den Plan, ein neues Kabinett zu bilden, das
nach kurzer Zeit Wahlen durchzuführen hätte, ablehnt.
Dagegen dürfte das Zentrum immer noch bereit sein, ein
Kabinett zu dulden, das eine politische Stabilität für
dieses Jahr garantiert. Die Stabilität der Regierung
könnte aber nach der Ansicht des Zentrums nur durch
die Sammlung starker Volkskräfte in einer genügend
breiten Front der Zusammenarbeit gewährleistet werden.
Da die Verhandlungen am Dienstag fortgesetzt werden
sollen, läßt sich natürlich noch nicht überblicken, wie sie
verlaufen werden. Immerhin dürfte soviel sicher sein, daß
die Stellung des Reichskanzlers Schleicher vorläufig noch
unerschüttert ist, da der Reichspräsident selbstverständ-
lich nur dann an einen Kabinettwechsel denken dürfte,
wenn es gelingt, eine breite parlamentarische Front vom
Zentrum bis zu den deutschnationalen zusammenzufassen.
Selbst für den Fall, daß Verhandlungen über eine „Harz-
burger Front“ Erfolg hätten, müßte die Mitarbeit des
Zentrums, und sei es nur in der Form der Tolerierung,
gesichert werden müssen. Unter diesen Umständen ge-
winnt neuerdings der Gedanke eines beschränkten Er-
mächtigungsgegesetzes, das eine Ausschaltung des Reichs-
tags auf ein Jahr zum Ziele hätte, an Boden.

Feststellungsverfahren

Meinungsverschiedenheiten im Neunzehnerausschuß über das
weitere Vorgehen. — Redaktionsausschuß eingeleitet.

Genf, 24. Januar.

Der Neunzehnerausschuß hat, nachdem seine Vermitt-
lungsbemühungen im chinesisch-japanischen Konflikt, die er
auf Grund des Artikels 15, Absatz 3, des Völkerbundsstatuts
unternommen hatte, trotz eineinhalbjähriger Dauer nicht das
geringste Ergebnis erzielt haben und damit gescheitert sind,
mit der Vorbereitung des Schlußberichtes an die außeror-
dentliche Völkerbundsversammlung begonnen.

Das Völkerbundssekretariat hatte einen Entwurf ausge-
arbeitet, der aber vom Ausschuß als Diskussionsgrundlage
nicht angenommen wurde. Ueber den Inhalt und die Form
des Berichtes, insbesondere über die Bewertung des Lytton-
Berichtes hierbei ergaben sich erhebliche Meinungsverschie-
denheiten. Die Vorschläge, die der Bericht zu enthalten hat,
wurden überhaupt nicht besprochen.

Einige Regierungen, besonders die englische, verlangen,
daß die Vorschläge des Lytton-Berichtes als die alleinige
Grundlage der weiteren Entscheidung angenommen werden,
während andere Regierungen, darüber hinausgehend, die
offizielle Feststellung des völligen Scheiterns aller Verfüh-
rungsversuche und eine endgültige Entscheidung des Völker-
bundes, unabhängig von der japanischen Regierung fordern.

Der Ausschuß beschloß, zunächst einen engeren neun-
gliedrigen Redaktionsausschuß einzusetzen, dem Deutschland,
England, Frankreich, Italien, die Schweiz, Tschechoslowakei,
Belgien, Spanien und Schweden angehören und der einen
Vorschlag für den Bericht auszuarbeiten soll.

Eine Entscheidung über die Einberufung der Völker-
bundsversammlung, die das Scheitern des Verführungsver-
fahrens offiziell feststellen soll, ist bisher nicht gefallen; je-
doch rechnet man mit einem Zusammentritt der außerordent-
lichen Völkerbundsversammlung für die nunmehr unver-
meidlich gewordene endgültige Stellungnahme zum Konflikt
für Anfang Februar.

Das Echo in Japan

„Die Existenz des Mandschukuo-Reiches eine unabänderliche
Tatsache.“

Tokio, 24. Januar.

Die Einstellung der Vermittlungsaktion des 19er-Aus-
schusses wird in Tokio als Ablehnung des letzten japanischen
Vorschlages angesehen. Die allgemeine Ueberzeugung geht
dahin, daß Japan aus dem Völkerbund austreten oder zu-
mindest seine Delegation abberufen werde, falls Genf nun-
mehr das Verfahren nach Art. 15 Abs. 4 anwenden sollte.

In amtlichen Kreisen wird zu dem Gerücht, daß der
Völkerbund Japan empfehlen werde, die Anerkennung der

Mandschukuo zurückziehen, erklärt, die Existenz der Mand-
schukuo sei eine unabänderliche Tatsache, die weder durch
Wort noch Schrift abzustreiten sei. Die Mandschurei sei kraft
des Selbstbestimmungsrechtes der Völker entstanden. Die
Anerkennung eines Staates könne auf Grund des Völker-
rechtes von Dritten weder angefochten noch ignoriert werden.

Abriistungsbüro tagt

Aussprache über die Tagesordnung des Hauptausschusses.
— Private Besprechungen der Großmächte.

Der neue Tagungsabschnitt der Abrüstungskonferenz,
der wiederum eine große Zahl von Diplomaten und Mil-
tärs am Genfer See zusammengeführt hat, begann mit
einer Sitzung des Präsidiums, d. h. des Präsidiums, dem außer
dem Präsidenten Henderson, dem Vizepräsidenten Polaris
und dem Generalsekretär Dr. Benech die Vertreter
der sieben Großmächte und einer Anzahl kleinerer Mächte
angehören.

Dieses Gremium, das die Konferenzarbeiten zu leiten
hat, beschäftigte sich zunächst neben verschiedenen Formalien
mit der Tagesordnung des Hauptausschusses, der am 31.
Januar zusammentreten und endlich die so oft unterbrochenen
und schließlich ganz zum Stillstand gekommenen sachlichen
Beratungen wieder aufnehmen soll.

Die achtägige Frist, die dieser öffentlichen Sitzung der
Konferenz noch vorangehen soll, zeigt, daß man ihre ein-
gehende Vorbereitung durch Besprechungen zwischen den
nunmehr in Genf anwesenden Vertretern der Hauptbetei-
ligten für unbedingt notwendig hielt. Wenn in den letzten
Wochen von einer neuen Fünf-Mächte-Konferenz gesprochen
und diese Ankündigung von anderer Seite dementiert wor-
den ist, so haben alle diese Kombinationen den berechtigten
Kern, daß zwar keine offizielle Konferenz, wohl aber eine
ständige vertrauliche Fühlungnahme der fünf an
der Erklärung vom 11. Dezember beteiligten Mächte sowie
Japans und der Sowjetunion notwendig sein wird, wenn die
öffentlichen Sitzungen der Konferenz ersprießlich verlaufen
sollen.

Der französische Sicherheitsplan, der möglichst bald er-
örtert werden soll, wird die noch vorhandenen Schwierig-
keiten bereits voll in die Erscheinung treten lassen.

Daß die praktische Durchführung der deutschen Gleich-
berechtigung Schritt für Schritt gegen die verschiedenen Sa-
botoverträge wird erlöst werden müssen, ergibt sich
schon jetzt aus der Haltung verschiedener kleinerer Mächte,
aus gewissen Pariser Auslegungsfunktionen und nicht zu-
letzt aus den jüngsten französischen Quertreibereien in der
Frage der entmilitarisierten Rheinlandzone.

Bei Feldarbeiten in einem kleinen an der Eisenbahn-
strecke Reims—Laon gelegenen Dorfe wurden die Leichen
von 15 deutschen und sechs französischen bei den Kämpfen
von 1918 gefallenen Soldaten aufgefunden.

Hilfe für Landarbeiter

Beschlüsse des Siedlungsausschusses des Reichstages.

Berlin, 24. Januar.

Im Reichstagsausschuß für landwirtschaftliches Sied-
lungswesen kam es zu scharfen Auseinandersetzungen zwi-
schen Nationalsozialisten und Sozialdemokraten. Die natio-
nalsozialistischen Ausschußmitglieder protestierten gegen die
Berichterstattung sozialdemokratischer Zeitungen über die
letzten Ausschüßsitzungen; es sei dort von „Volksbetrügereien
der Nationalsozialisten im Ausschuß“ gesprochen worden.
Wenn diese Art unwahrer Berichterstattung nicht aufhöre,
würden die Nationalsozialisten unter Umständen auch mit
Brachialgewalt antworten. Die sozialdemokratischen Abge-
ordneten wiederum wandten sich gegen die Erklärung der
Nationalsozialisten. Im weiteren Verlauf der Auseinander-
setzungen erluchte der Ausschußvorsitzende Abg. Schulze-
Stapen (Dnat.) die Parteien, sich im Ausschuß eines Ver-
ehrtesones zu befleißigen, der eine sachliche Weiterarbeit er-
mögliche.

Dann gab Regierungsrat Dr. Richter vom Reichs-
arbeitsministerium über einen Ueberblick über die Entwicklung
der Darlehensgewährung aus der wertschaffenden Arbeits-
lofenfürsorge für die Errichtung von Land- und Forst-
arbeiterheimen. Wenn man die Landflucht, die nach Be-
endigung der Inflation erneut eingesetzt habe, energisch be-
kämpfen wolle, dann müsse man zu diesem Zweck auch den
Bau von Landarbeiterwohnungen fördern.

Bis zum 1. Oktober 1932 seien rund 67 000 dieser Bau-
ten gefördert worden, wovon rund 41 000 Landarbeiter-eigen-
heime und über 25 000 Werkwohnungen waren. Reich und
Länder hätten seit der Inflation rund 275 Millionen Mark
als Baudarlehen für diese Zwecke ausgegeben. Für die Ver-
größerung der Landzulagen und die Umwandlung von
Werkwohnungen in Eigenheime seien im Haushaltsjahr 1932
6 Millionen Mark bereitgestellt. Das Reichsarbeitsmini-
sterium sei bemüht, neue Mittel für den Landarbeiterwoh-
nungsbau zu schaffen, die auch zur Vergrößerung bestehen-
der Stellen benutzt werden sollten.

Die Arbeitslosigkeit von Landarbeitern in Ostpreu-
ßen sei zum Teil die Folge falscher Anlage oder der
Aufteilung der Güter im landwirtschaftlichen Siedlungsver-
fahren gewesen. Inzwischen habe man sich bemüht, die Land-
zulagen zu vergrößern.

Nach längerer Debatte nahm der Ausschuß den ihm
vom Plenum überwiesenen sozialdemokratischen Antrag an,
der die Reichsregierung ersucht, die Rückzahlung der Dar-
lehensraten aus der wertschaffenden Arbeitslofenfürsorge zur
Errichtung von Land- und Forstarbeiterheimen auf 50 Jahre
zu verteilen, die Hälfte der am 15. November 1932 fällig
gewesenen Rückzahlungsraten zu erlassen und die bis dahin
rückständigen Raten bis zum Ablauf der Rückzahlungsfrist
zu stunden.

In Ergänzung des sozialdemokratischen Antrags wurde
auf Antrag der Nationalsozialisten einstimmig beschlossen, so-
fort geeignete Maßnahmen zu ergreifen, um Landarbeiter-
heime in Anliegersiedlungen mit voller Ufernahrung um-
zuwandeln. Ebenso fand ein Ergänzungsantrag des Volks-
dienstes einstimmige Annahme, wonach den Land- und
Forstarbeitern, die mit der Rückzahlung der Darlehensraten
aus der wertschaffenden Arbeitslofenfürsorge zur Errichtung
von Landarbeiter-Eigenheimen während der Arbeitslosigkeit
in Verzug kommen, die Verzugszinsen in Höhe von 2 v. H.
über Reichsbankdiskont erlassen werden sollen.

Ein Zentrumsantrag bezweckt die einheitliche organisa-
torische Durchführung der Anliegersiedlung für Inhaber
von Landarbeiterheimen sowie auch der landwirtschaftlichen
Siedlung und Vereinheitlichung der Finanzierungsbedin-
gungen, ein abgeänderter kommunistischer Antrag fordert,
für die Zeit der Geltungsdauer des Vollstreckungsschlusses in
der Landwirtschaft alle Zwangsmassnahmen und Zwangs-
versteigerungen bei den Siedlern und den Land- und Forst-
arbeiterheimbesitzern zu unterlassen.

Verbilligte Volksernährung

Kundgebung der landwirtschaftlichen Verbände.

Berlin, 24. Januar.

Im Plenarsaal des ehemaligen Herrenhauses fand eine
Veranstaltung für die Presse statt, zu der die landwirtschaft-
lichen Verbände im Einvernehmen mit den Organisationen
der Landwirtschaft und des Handels geladen hatten. Erschie-
nen waren u. a. Reichsernährungsminister Freiherr von
Braun, als Vertreter des Reichslandbundes die Präsidenten
Graf Kaldreuth und Velthe, für den Deutschen Industrie-
und Handelskongress Minister a. D. Hamm, für die Landwirt-
schaftskammer Schleien Kammerpräsident von Schneider,
für die Deutsche Landwirtschaftsgesellschaft Oekonomierat Dr.
Wiele.

Nach Begrüßungsworten des Generaldirektors Forth-
mann von der Zentralkreditgenossenschaft deutscher Volks-
banken führten Reichsminister a. D. Dr. Fehr in dem Referat
„Eine Lebensfrage der deutschen Landwirtschaft“ und Pro-
fessor Dr. Agler, Direktor des Kaiser-Wilhelm-Instituts für
Arbeitsphysiologie in Dortmund, in dem Referat „Ernäh-
rungskrisen — ein Eiweißproblem?“ aus, daß einerseits die
deutsche Landwirtschaft jährlich für etwa 7 Milliarden Mark
entramter Milch keine rentable Verwendung habe, wäh-
rend andererseits die städtische Bevölkerung der Gefahr der
Eiweißunterernährung ausgesetzt sei. Nach jahrelangen Ver-
suchen, den Nähr- und Vitamingehalt entrahmter Milch in
einer schmackhaften Vollkost zu erhalten, sei es nunmehr ge-
lungen, ein echtes Volksnahrungsmittel in Rärmil-
chvollkost zu schaffen. Außer reichhaltigen Mengen hoch-
wertigen Eiweißes enthalte dieses Nahrungsmittel das le-
stungssteigernde Lecithin. Das Erzeugnis ließe sich mit Butter
und Käse auf ein und derselben Stufe.

Frau Dr. Hildegard Margis, stellvertretende Vorsitzende
der Zentrale der Hausfrauenvereine Groß-Berlins, und Di-
rektor Maurer von der Zentralkreditgenossenschaft deutscher
Volksbanken, betonten, der städtischen Verbraucherschaft werde
durch die Rärmilchvollkost zweifelsohne eine bessere Ernährung
gewährleistet.

Volksentscheid über das Danziger Ermächtigungsgesetz.
Nachdem der Danziger Senat der vom Volkstag beschlossenen
Gesetzesvorlage zur Abänderung des Ermächtigungsgesetzes
vom 28. Juni 1932 nicht zugestimmt hat und der Volkstag
bei seinem Beschlusse verblieben ist, hat der Senat beschlossen,
diese Gesetzesvorlage zum Volksentscheid zu stellen.

Die Sorge in Südtirol

Berlin, 24. Januar.

Während der Schnee Südtirol bis tief in die Täler hinab in sein weißes Winterkleid hüllt, sieht man mit Sorgen der nun bald beginnenden Frühlingsaison entgegen. Schon jetzt mühte in Meran ein ganz anderes Leben und Treiben herrschen, als es der Fall ist. Dort sind zur Zeit die Hotelbetten durchschnittlich nur zu vierzehn vom Hundert besetzt. Bei dem an und für sich schwachen Fremdenbesuch, dessen stärkstes Kontingent die Deutschen stellen, ist obendrein ein starkes Abwandern aus den Hotels und Pensionen in die Privatwohnungen zu beobachten.

Die wenigen Kurgäste, die noch kommen, schränken sich in ihren nicht unbedingt notwendigen Bedürfnissen auf äußerste Ein, was die Kaufmannschaft natürlich in erster Linie zu fühlen bekommt. Im vergangenen Jahr ist die Zahl der Aufenthaltstage der Fremden um 17 v. H. zurückgegangen, während die Einnahme aus der Kurtag von 939 000 auf 687 000 Lire, also um 27 v. H. sank, dies infolge der stärkeren Nachfrage billiger Unterkunftsstätten, für die die Kurtag zwei statt drei Lire beträgt.

Eine Vergleichung der einzelnen Saisonzeiten miteinander würde ausweisen, daß dabei der Sommer mit seinem starken Ausflüßverkehr aus Deutschland noch verhältnismäßig gut war; denn der Krisensommer 1931 hatte den für Südtirol entscheidenden deutschen Fremdenstrom fast zum Versiegen gebracht. Der Rückgang trifft also die eigentliche Hauptsaison, die in normalen Zeiten die Einnahmen brachte, mit voller Wucht, und das scheint nach den bisherigen Anzeichen in den kommenden Monaten verschärft der Fall sein zu sollen.

Neben der allgemeinen Krisensituation ist es natürlich die Bestimmung, daß jeder Deutsche monatlich nur 200 Mark über die Grenze mitnehmen darf, die die Schwierigkeiten verurteilt. Mit 200 Mark läßt sich wohl als Tourist, nicht aber als Kurgast mit etwas weitergehenden Ansprüchen leben. Tatsächlich haben die Deutschen im vergangenen Sommer zahlreicher denn vorher Südtirol zurückgelassen. Dafür ist man in Südtirol den Deutschen auch dankbar, aber die eigentliche Sorge richtet sich auf die kommenden Monate der Hauptsaison. Verlangt sie, werden zahllose Existenzen in der Folgezeit zusammenbrechen.

In Südtirol verlangt man, daß die italienische Regierung ernsthafter mit der deutschen verhandeln soll, um diese Devisenbestimmung zu lockern, ähnlich wie Österreich, die Schweiz und Frankreich Vergünstigungen durch Deutschland erlangt haben. Ein Südtiroler Blatt schrieb dieser Tage:

„Was für eine enorme Reklame wäre es, wenn wir folgendes Inzerat in deutschen Zeitungen aufgeben könnten: 700 Mark bewilligt für Italienreisen! Merans reizvoller Frühling läßt ein. Sonne — Ruhe — Erholung! Abgebauter Preis!“

Wir Deutschen, die wir immer mit dem harten Los Südtirols in besonderem Grade empfunden haben, wünschen unseren Volksgenossen jenseits der Alpen von Herzen, daß ihnen geholfen werde. Und wenn sich ein gangbarer Weg fände, der eine Lockerung der Devisenbestimmungen für Reisen in dies Gebiet ermöglichte, würden wir es sehr begrüßen.

Aber Italien, dem Südtirol anvertraut ist, hat auch eine große Pflicht, abgesehen von wirtschafts- und finanzpolitischer Gegenseitigkeit. Was Deutschland Südtirol zuwendet, kommt letzten Endes der gesamten italienischen Wirtschaft zugute. Wir müssen und können verlangen, daß Italien das Deutschland Südtirols so behandelt, daß es uns nicht ein beständiger Schmerz ist, ihrer Entdeutschung machtlos zusehen zu müssen. Die Deutschen und Österreicher stellen noch immer den stärksten Anteil der Aufenthaltstage im Elsaßlande und in Meran.

In Meran kamen auf Reichsdeutsche im letzten Jahr 404 119, auf Österreicher 167 637, auf Italiener dagegen nur 80 188, Engländer 56 487, Franzosen 5694, Skandinavier 34 883 usw. Aufenthaltstage. Dabei hatten die Deutschen gegenüber dem Vorjahre um 70 000 zugenommen, dagegen die Italiener um über 41 000 Tage abgenommen! Wir erkennen gern an, daß sich die Verkehrs- und Sicherheitsverhältnisse in Italien von Jahr zu Jahr bessern und daß die Italiener uns mit ausgefuchter Höflichkeit und Zuverlässigkeit behandeln. Aber das ist ja auch durchaus in ihrem Interesse.

Möchte Italien uns die Freude bereiten, endlich einmal die unwürdige Entnationalisierungspolitik einer gerechten Behandlung des Südtiroler Deutschums weichen zu lassen.

Lehrwirtschaft Nassau/Lahn

Ausbildung junger Mädchen als Lehrlinge der ländlichen Hauswirtschaft in Küche, Haus, Gartenbau und Geflügelzucht. Examen vor der Landwirtschaftskammer.

Sämereien für Garten und Feld
Obstbäume, Beerensträucher
beste Sorten
Rosen u. Stauden in guter Auswahl
Dahlien, Knollengewächse
Ziersträucher, Heckenpflanzen
Nadelgehölze, Schlingpflanzen
und sonstige **Gartenartikel** bietet an die
Gärtnerei der Anstalt Bethel
bei Bielefeld

Stellengejuch und Angebote haben im „Aufwärts“ großen Erfolg!

die für beide Nationen eine wertvolle Brücke des Friedens und der Freundschaft sein würde. Vor allem muß der Kampf gegen die deutsche Sprache ein Ende nehmen. Noch ist das königliche Dekret vom 27. August v. J. in Kraft, das weittragende Ausnahmegestimmungen auf dem Gebiete des Schulwesens für Südtirol und insbesondere einen schweren Anschlag gegen die Seelsorge in der Muttersprache enthält. Um die Italienisierung der deutschen Kinder mit noch größerem Nachdruck als bisher betreiben zu können, wurde das italienische Schulamt in Trient, dem das Unterrichtsministerium in Deutsch-Südtirol untersteht, von allen im Gesetz vorgesehenen Beschränkungen bei Anstellungen, Versetzungen und Entlassungen von Lehrern befreit und dieser gegen die Deutschen Südtirols mit besonderer Gefälligkeit antretenden Behörde unbeschränkte Vollmacht zur Neuorganisation des Schulwesens erteilt. Um aus ganz Italien die besten Lehrkräfte in das „Koloniaalland“ Südtirol zu locken, werden ihnen allerlei Benefizien angeboten. Noch schwerwiegender und weittragender sind die den Religionsunterricht betreffenden Bestimmungen dieses Dekretes. Auf diese Weise soll erreicht werden, daß der gesamte Unterricht in italienischer Sprache erteilt und die deutsche Muttersprache der Kinder völlig aus dem Unterricht verdrängt wird. Ehe diese brutalen Gewaltmaßnahmen gegen das ureigenste Recht jedes Volkes nicht fallen, wird in Südtirol niemals Ruhe und Frieden eintreten, werden auch die Beziehungen zwischen Deutschland und Italien immer getrübt bleiben.

Drei Todesopfer in Köln

Köln, 24. Januar.

In Köln kam es in verschiedenen Stadtteilen im Verlauf kommunistischer Demonstrationen zu Zusammenstößen, wobei drei Demonstranten verletzt wurden. Von den Verletzten sind inzwischen drei im Krankenhaus ihren Verletzungen erlegen.

Der Polizeibericht teilt darüber mit: Bei den Toten handelt es sich erstmals um den 20-jährigen Schleifer Bökel, der durch einen Bauchschuß getötet wurde; Bökel war Österreicher und lebte bei seinen Eltern in Köln. Der zweite durch einen Lungenschuß tödlich Verletzte ist der 30-jährige Schuhmacher Treuer. Diese beiden hatten sich bei einem kommunistischen Demonstrationsszug, der von der Polizei aufgelöst werden mußte, als Nabelstörer betätigt. Der dritte Tote, der 27 Jahre alte Arbeiter Dominik, hatte Polizeibeamte tödlich angegriffen, die auch in diesem, wie in den ersten beiden Fällen, scharf schossen. Von den übrigen Verletzten hat einer einen schweren Beckenschuß davongetragen. Die anderen vier Personen erlitten leichtere Verletzungen.

Köln, 24. Januar.

Der Regierungspräsident in Köln hat auf Grund des Artikels 123 Absatz 2 der Reichsverfassung alle Aufzüge und Versammlungen unter freiem Himmel für das Gebiet der Stadt Köln, des Landkreises Köln, der Stadt Bergisch-Gladbach und der Gemeinden Bensberg, Roesdahl und Porz bis auf weiteres verboten.

Anlaß zu diesem Verbot gaben, wie es in der amtlichen Mitteilung heißt, die wiederholten Veruche der Kommunisten, die Aufzüge anderer Parteien zu stören und der Polizei tätlichen Widerstand entgegenzusetzen.

Sozialdemokratischer Appell an die KPD

Berlin, 24. Januar.

Der „Vorwärts“ ruft unter dem Motto: „Berlin bleibt rot!“ zu einer sozialdemokratischen Massenkundgebung am Sonntag, den 29. Januar, auf. Unter Hinweis auf die nationalsozialistische Kundgebung schreibt das Blatt: Es ergeben sich jetzt zwei Fragen: „Die erste lautet: Sieht jetzt nicht auch die KPD ein, daß scheinrevolutionäre Kraftproben nicht genügen, um eine wirkliche Arbeiterpolitik zu treiben? Und die zweite: Kann die KPD, auch nach dem 22. Januar noch immer in der Sozialdemokratischen Partei ihren Hauptfeind erblicken? Einigkeit tut not! Einigkeit, nicht Einheitsfrontmanöver!“

Bismarck preußischer Staatssekretär

Berlin, 24. Januar.

Der Landrat i. R. Herbert von Bismarck ist, dem Vernehmen nach mit Wirkung vom 1. Februar ab, zum Staatssekretär im preußischen Innenministerium ernannt worden. Der neue Staatssekretär, der im 49. Lebensjahr steht, war vom 1. Dezember 1918 bis zum 31. März 1931 Landrat

des Kreises Regenwalde in Labes; er wurde damals von der preußischen Regierung Braun wegen politischer Betätigung in den einstweiligen Ruhestand versetzt. Dem Reichstag gehörte von Bismarck als Mitglied der deutschnationalen Fraktion seit 1930 an.

Deutschnationale Fraktionsführung

Die deutschnationale Reichstagsfraktion trat unter dem Vorsitz Dr. Oberhorns zu einer Sitzung zusammen. In dem parteiamtlichen Bericht darüber heißt es u. a.: „Der Parteiführer Dr. Hugenberg legte in eingehenden Ausführungen seine Auffassung über die politische Lage dar. Nach der leitens der Fraktion mit lebhafter Zustimmung angenommenen Rede Dr. Hugenburgs kam aus der Fraktion heraus die wachsende Verzweiflung im Lande stark zum Ausdruck.“

Das Rettungswert an den deutschen Küsten

40 Personen der See entrisen. Wieder liegt ein Jahr jegensreicher Tätigkeit hinter der Deutschen Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger. Das große Werk der Nächstenliebe, das sie unentwegt und unbeirrt durch wirtschaftliche Schwierigkeiten dieser Zeit an den deutschen Küsten weiterführt und weiter entwickelt, hat im vergangenen Jahr seine beste Anerkennung gefunden in der Zahl der Geretteten. 40 Personen wurden durch die Stationen der Gesellschaft der See entrisen. Damit steigt die Zahl der seit der Gründung der Deutschen Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger im Jahre 1865 bis zum 31. Dezember 1932 durch deutsche Rettungsschiffe geborgenen Menschenleben auf 5348 Personen. Wirft man einen Blick auf das Rettungswerk des letzten Jahres, so zeigt sich, daß die Mehrzahl der Rettungen in den Beginn der Winterperiode mit den an der Küste gewohnheitsmäßig auftretenden schweren Stürmen entfallen. Es wurden im September, Oktober und November dieses Jahres in 7 verschiedenen Rettungsfällen der Nord- und Ostseestationen insgesamt 22 Personen gerettet. Bei allen 14 Rettungsfällen des letzten Jahres handelt es sich um in Seenot geratene Segler, in der Hauptsache Fischereifahrzeuge. Aber auch der Segelsport hatte die Hilfe der wackeren Männer der Rettungsschiffe stark in Anspruch zu nehmen. Es wurden in 4 Strandungsfällen von deutschen Segelbooten und Segelyachten insgesamt 11 Personen in Sicherheit gebracht. So dient das deutsche Rettungswerk allen, die im Bereich der deutschen Küste in Seenot geraten. Auf freiwillige Gaben gestützt, muß die Arbeit der Deutschen Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger die Unterstützung aller Kreise finden. Ob es sich um ein Jagzeug deutscher oder ausländischer Flagge handelt, ob es ein größeres Schiff oder nur ein Fischerboot, eine Segelyacht oder nur ein Ruderboot ist, immer sind die braven Retter bereit, in Sturmsee und Brandung ihr Leben einzusetzen. 40 Menschenleben in Jahresfrist aus Seenot gerettet zu haben, ein stolzes Werk, das die Unterstützung eines jeden Deutschen verdient. Gott schütze das Rettungswerk!

Total- und Provinzialnachrichten

— Bielefeld. „Aus der Wildnis in den Zoo!“ über dieses Thema wird man Gelegenheit haben, am Donnerstag, den 26. Januar, abends 8¼ Uhr, im Gemeindehaushaus an der Grünstraße, den Leiter des Berliner zoologischen Gartens, einen der besten Tierkenner, Herrn Dr. Lutz Seck, sprechen zu hören. Film und Lichtbild wird dem Besucher des Vortrags die schönsten Aufnahmen zeigen von der Poesie der Wildnis, von Erlebnissen mit Nashörnern, Büffeln, Löwen und Affen, dem Gang der Tiere und dem Transport nach Berlin. Der Vortrag, der von der Deutschen Kolonialgesellschaft veranstaltet wird, dürfte auch bei den Lesern des Aufwärts den lebhaftesten Interesse begegnen. Karten sind bei der Pfeifferschen Buchhandlung in Bielefeld zu haben.

Schriftleitung: W. Kraa; Wirtschafts- und Weltpolitik: Dr. S. Huttel; Anzeigen: R. Diekmann; alle in Bethel.

Th. Petzold's Tropfen

das alterprobierte, viel tausendmal bewährte Mittel bei Gallen-, Leber- und Nierenleiden, Stoffwechsel-Krankheiten.

Originalpackung mit Bild. Preis 1,80 Mk. Zu haben in den Apotheken. Alleinhersteller: Chem. pharm. Laboratorium Teutoburg, Gustav Vinnen, Bielefeld

Wir empfehlen unsere, in eigener Werkstatt, aus bestem Material hergestellten



Aluminium-Geschirre
für Küche und Tisch

Sowie die bei uns selbst angefertigten **Korbwaren, Sessel und Tische**

Tiberias-Werkstätten der Anstalt Bethel



RUSCHEES

ERHÖHEN DIE WIRKSAMKEIT JHRER ANZEIGEN.

ALLE DRUCKSTÜCKE IN MUSTERGÜLTIGER AUSFÜHRUNG

BORGSTADT & BUSCH
BIELEFELD TELEFON 15006

Radio

Spezialhaus Ingenieur P. WEBER, Kesselbrink-Ecke-Kavaliershaus

WALTER FILLIES

Uhren, Gold- u. Silberwaren

Reparaturen preiswert u. sauber

Bielefeld, Gütersloherstr. 40a

Gegenüber Bethel-Eingang

Photohaus

Baumann

Goldstraße 3

liefert alle

Amateurarbeiten

Geräte erster Firmen

Reparaturen

in eigener Werkstatt, schnell u. preiswert.

Spezialhaus Ingenieur P. WEBER, Kesselbrink-Ecke-Kavaliershaus

Bethel.

— Christlicher Verein junger Männer.

Heute, Dienstag, 8¼ Uhr Bibelstunde. Wir beginnen mit dem Philipperebrief.